

Beschluss 3.1. Zivilgesellschaft, Bürgerrechte, Rechtsextremismus, Flüchtlingspolitik, Wahlalter

Antragsteller*innen:

Text

1427 Demokratie und Bürgerbeteiligung

1428 Eine lebendige Demokratie beschränkt sich nicht nur auf das Wahlrecht, auch
1429 zwischen den Wahlen sollen BürgerInnen per Bürgerbegehren und -entscheid über
1430 wichtige kommunalpolitische Sachfragen entscheiden können. Eine bessere
1431 Beteiligung von BürgerInnen an politischen Entscheidungen und planerischen
1432 Großvorhaben ist ein wichtiger Schritt für mehr Akzeptanz. Wir Grünen treten
1433 daher für eine Absenkung des Wahlalters bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre sowie
1434 für Erleichterungen bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden ein.

1435 Wir Grünen wollen für einzelne Projekte des Kreises repräsentative Gruppen
1436 zufällig ausgewählter BürgerInnen zur Beratung heranziehen und gezielt
1437 Planungszellen einsetzen.

1438 Auch Verwaltung und Kommunalpolitik müssen offen für neue Formen der
1439 Bürgerbeteiligung bleiben. Alle EinwohnerInnen des MKK sollen ihren Willen in
1440 Empfehlungen an den Kreistag im Rahmen einer Fragestunde vor den
1441 Kreistagssitzungen ausdrücken können.

1442 Um die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger an relevanten
1443 Entscheidungen weiter auszubauen, sind die Möglichkeiten des Internets zu nutzen
1444 und stetig zu erweitern. Ebenso soll das Dienstleistungs- und
1445 Informationsangebot des Kreises weiter ausgebaut und optimiert werden. Hier
1446 sollen alle erdenklichen Formen des E-Governments Anwendung finden. Anträge und
1447 Formulare sollen möglichst schon online ausfüllbar sein.

1448 Um allen BürgerInnen den Zugang zu elektronischen Angeboten zu erleichtern,
1449 wollen wir den Einsatz von kostenlosen Open Source-Lösungen in der Verwaltung
1450 voranbringen. Hier ist auch langfristig auf die entstehenden Kosten zu achten.
1451 Zu persönlichen Behördengängen soll als Alternative ein weites Angebot an
1452 elektronisch verfügbaren Formularen und Informationen weiterentwickelt werden.
1453 Die Digitalisierung der Verwaltung soll weiterentwickelt werden und ein
1454 niederschwelliger Zugang zu digitalen Angeboten soll geschaffen werden.

1455 Der Internetauftritt des Kreises muss eine leicht auffindbare
1456 Feedbackmöglichkeit für die BürgerInnen erhalten. Es sollte möglich sein, direkt
1457 zu dem aufgerufenen Abschnitt Rückmeldung zur Nützlichkeit zu geben. Die Seiten
1458 sollen weiter barrierefrei und mehrsprachig ausgebaut werden und auf
1459 datenschutzrechtlich problematische und proprietäre Elemente verzichten. Außerdem
1460 fordern wir dort, wo es noch nicht geschehen ist, die Umformulierung in eine
1461 gendergerechte Sprache.

1462 Wir unterstützen auch Initiativen zur Bereitstellung eines freien WLAN-Netzes.
1463 Bei allen Fortschritten auf dem Weg in die digitale Gesellschaft müssen aber
1464 auch die Risiken im Blick behalten werden und die BürgerInnen müssen
1465 Schulungsangebote zum gesamten Themenspektrum erhalten. Nur gut informierte
1466 Menschen können das Internet frei und ihrem Willen folgend nutzen –
1467 informationelle Selbstbestimmung ist nicht angeboren, sie muss gelernt werden.
1468 Hier muss bereits in der Schule angesetzt werden. Wir schlagen daher vor, den

1469 MKK zur „Demokratie-Schul-Modellregion“ zu machen und für jede Schulklasse der
1470 Mittelstufe mindestens eine Stunde in der Woche Demokratie- und Medienschulung
1471 zu unterrichten.

1472 Die Videoüberwachung im öffentlichen Raum muss die Ausnahme bleiben, sie muss
1473 kontrolliert und regelmäßig auf ihren Nutzen hin evaluiert werden.

1474 Besonders kommunale Verwaltungen arbeiten mit sensiblen Daten, die geschützt
1475 werden müssen. Insbesondere fordern wir hier, kommunale Rechner nur mit
1476 aktuellen und sicheren Betriebssystemen zu betreiben, idealerweise auf Grundlage
1477 freier und quelloffener Software. Der Internetauftritt unseres Kreises soll
1478 aktuellen Sicherheits- und Datenschutzstandards entsprechen. Ein mittelfristiger
1479 Umstieg auf Linux als Betriebssystem sowie quelloffene Software soll geprüft
1480 werden.

1481 Wir wollen den BürgerInnen ermöglichen, sicher per E-Mail mit ihrer Verwaltung
1482 zu kommunizieren. Die E-Mail-Verschlüsselung muss höchstmöglichen, transparenten
1483 und kontrollierbaren Standards entsprechen. So wie beim Briefgeheimnis dürfen
1484 nur Absender und Adressat wissen, was in der E-Mail steht.

1485 IT-Sicherheit für den Main-Kinzig-Kreis

1486 Wir leben in einer Zeit, in der Kriege und Kriminalität längst auch im Internet
1487 stattfinden. Es ist unsere Aufgabe, die Verwaltung und auch die BürgerInnen
1488 bestmöglich zu schützen. Daher fordern wir ein aktualisiertes IT-
1489 Sicherheitskonzept für unsere Kreisverwaltung. Mit einem transparent
1490 dokumentierten und durch BürgerInnen und MandatsträgerInnen kontrollier- und
1491 verbesserbaren IT-Sicherheitskonzept wollen wir uns vor Gefahren schützen.

1492 Wir wollen das IT-Sicherheitskonzept auch zum Anlass nehmen, den Datenschutz der
1493 BürgerInnen und Angestellten zu verbessern.

1494 Open Data – Daten zurückgeben!

1495 Daten sind wirtschaftliche Ressource und notwendiges Element demokratischer
1496 Teilhabe zugleich. Wir wollen die Daten (ohne Personenbezug) öffentlich
1497 zugänglich machen, die mit öffentlichen Mitteln gesammelt wurden. In Städten wie
1498 Wien und London wird Open Data bereits als Erfolgsmodell praktiziert und ist ein
1499 wertvoller Standortfaktor. Informationsfreiheit ist für uns auch ein Grundrecht.
1500 Wir fordern deshalb eine Informationsfreiheitssatzung für den Kreis.

1501 Rassismus und Extremismus: Nein danke!

1502 Jeder Mensch hat das Recht, unabhängig von Hautfarbe, Herkunft, Geschlecht,
1503 sexueller Orientierung oder Konfession, am alltäglichen Leben ohne
1504 Benachteiligung, Diskriminierung und Rassismus teilnehmen zu können. Demokratie
1505 kann erst dadurch gelingen, wenn die komplette Gesellschaft repräsentiert wird.
1506 Wir Grünen stellen uns klar gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Dies
1507 schließt eine Kooperation mit rechten Parteien entschieden aus.

1508 Rassismus muss institutionell und strukturell bekämpft werden. Dies geschieht
1509 durch die Förderung der Diversität in der Verwaltung und den kreiseigenen
1510 Betrieben. Unterstützt werden soll dies durch die Einführung eines/einer
1511 Antidiskriminierungsbeauftragten. Diese/r soll sich unter anderem auch dem Thema
1512 „Mehrfachdiskriminierung“ annehmen. Entsprechende Arbeitsprogramme sollen von
1513 dem/der Beauftragten erarbeitet werden.

1514 Wir fordern, dass der MKK ein Konzept erarbeitet, um die Sicherheit für
1515 besonders gefährdete Orte im Kreis (beispielsweise Moscheen, Synagogen) zu
1516 erhöhen. Dies soll in Zusammenarbeit unter anderem mit dem Polizeipräsidium
1517 Südothessen und den jeweiligen VertreterInnen der zu schützenden Orte
1518 geschehen.

1519 Geflüchtete Menschen müssen menschenwürdig untergebracht werden. Der MKK hat
1520 hier Sorge zu tragen, dass die Schlüsselzuweisungen an die Kommunen dafür
1521 ausreichen. Gleichzeitig fordern wir, dass der MKK der Initiative „Sichere
1522 Häfen“ beitrifft. Dies wurde von den Parteien in der vergangenen Wahlperiode
1523 abgelehnt.

1524 Wir fordern und fördern eine Gedenkkultur im MKK. Wir sind uns der schrecklichen
1525 und menschenverachtenden Taten der NS-Zeit bewusst und fördern einen offenen
1526 Umgang mit dieser Zeit in den Schulen des Kreises. Auch der Anschlag von Hanau
1527 darf nicht vergessen werden.

1528 Rassismus tötet - jeden Tag und auf der ganzen Welt, leider auch vor unserer
1529 Haustür. Nach dem versuchten Mord in Wächtersbach im letzten Jahr an einem
1530 Eritreer, hat ein Attentäter in Hanau am 19. Februar 2020 neun Menschen aus
1531 rechtsextremistischen Motiven erschossen. Für die Angehörigen, die Überlebenden,
1532 die Augen- und Ohrenzeugen sind noch viele Fragen offen. Wir unterstützen ihre
1533 Forderungen nach lückenloser Aufklärung des Tathergangs und der Fahndung in der
1534 Tatnacht sowie ihren Wunsch nach einer angemessenen Gedenkstätte in der Mitte
1535 der Stadt.

1536 Wir als Grüne hinterfragen kritisch koloniale Straßennamen. Sklaverei und Mord
1537 sollen keine Beweggründe sein, auf einem Straßennamen verewigt zu werden. Wir
1538 fordern deswegen die Abschaffung von kolonialen Straßennamen sowie deren
1539 Umbenennung.

1540 Einen weiteren Baustein für aktive und gelebte Demokratie bildet das
1541 Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“. Es setzt
1542 mit seinen Programmen ein Signal für Extremismusprävention und bietet
1543 professionelle und kostenlose Beratung für Personen oder Institutionen an, die
1544 von Rechtsextremismus, Rassismus oder Antisemitismus betroffen sind. Darüber
1545 hinaus wollen wir mit dem MKK am Bundesprogramm „Demokratie leben!“ teilnehmen,
1546 was wir bereits 2018 beantragt haben. Insbesondere nach den Anschlägen von
1547 Wächtersbach und Hanau ist klar, dass wir auch hier vor Ort ein wachsendes
1548 Problem mit Extremismus und Rassismus haben und hier gegensteuern müssen. Der
1549 MKK muss daher auch in die kleineren Gemeinden im ländlichen Raum mit
1550 entsprechenden Angeboten und Veranstaltungen gehen, um dort gegen
1551 Rechtsextremismus, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu
1552 wirken.

1553 Der MKK muss außerdem bei der Erfassung von Waffenbesitzkarten, Waffen und
1554 Sprengstoffen eng mit den Kommunen zusammenarbeiten, um zu verhindern, dass
1555 Extremisten sich Waffen beschaffen können. Es ist ein/e Waffenbeauftragte/r zu
1556 benennen, die/der in den Gemeinden, insbesondere in Schützenvereinen, aktiv
1557 auftritt und klar macht, dass Waffen in den Händen von Extremisten und Rassisten
1558 nichts zu suchen haben und dass „Wegsehen“ auch für Vereinsmitglieder nicht
1559 akzeptabel ist. Die Sicherheit aller BürgerInnen ist höchstes Gut und es ist
1560 unsere gemeinsame Aufgabe, jeden Hinweis auf extremistische Umtriebe ernst zu
1561 nehmen und Auffälligkeiten nachzugehen.